

POLIZEI

Bestialisches Benehmen

Gleich drei Kommissionen sollen in Philadelphia einen neuen Fall von Polizeibrutalität in den USA aufklären und so verhindern, dass es am Schauplatz des Wahlparteitags der Republikaner in zwei Wochen zu Unruhen kommt. Der 30-jährige Thomas Jones war am Mittwoch voriger Woche von einem Dutzend Polizisten in Uniform und Zivil vor laufenden Fernsehkameras zusammengeschlagen worden. Der Schwarze hatte einem Polizisten Waffe und Streifenwagen abgenommen und war nach einem Schusswechsel und anschließender Verfolgungsjagd gestellt worden. Schwarzenführer Jesse Jackson empörte sich über das „bestialische Benehmen“ der weißen und schwarzen



Polizeiübergriff in Philadelphia

Ordnungshüter und wettete gegen dieses „Verbrechen aus Hass“. Nachdem wenig später auch in Atlanta Streifenpolizisten von einem Kameramann bei einem gewalttätigen Einsatz – diesmal gegen einen Weißen – beobachtet wurden, klagten Bürgerrechtsorganisationen über systematische Rechtsbrüche von Polizisten gegenüber Verdächtigen.

GRIECHENLAND

„Regelung erst mit einem Friedensvertrag“



Justizminister Michalis Stathopoulos, 62, über den Streit mit Deutschland um die Entschädigung von Opfern des Massakers von Distomo bei Delphi

SPIEGEL: Nach der Pfändung des Goethe-Instituts in Athen sind die Beziehungen zu Berlin schwer belastet. Wie wollen Sie das Problem beseitigen?

Stathopoulos: Durch eine politische Lösung. Da die Schwierigkeit eher politisch als rechtlich ist, müssen beide Regierungen schnellstmöglich miteinander reden.

SPIEGEL: Wie kann die Lösung aussehen, wenn Deutschland nicht zahlen will?

Stathopoulos: Es gibt eine offene Frage. Wir haben ein Gerichtsurteil, und das können wir nicht einfach ignorieren. Das gilt auch für die historische Tatsache, die dahinter steht. Das ist das Problem und die Basis für Gespräche.

SPIEGEL: Diese Woche steht die Pfändung des Deutschen Archäologischen Instituts in Athen an. Was werden Sie unternehmen?

Stathopoulos: Ich bedaure, dass Kultureinrichtungen von diesem Streit nicht ausgenommen werden, aber ich kann von Amts wegen nichts dagegen tun. Zwar sieht unsere Zivilprozessordnung vor, dass eine Vollstreckung gegen das Vermögen ausländischer Staaten eigentlich der Zustimmung des Justizministers bedarf ...

SPIEGEL: ... aber dazu sieht der Kläger auf Grund internationaler Gesetze und der Menschenrechtskonvention keinen Anlass. Ist diese Auffassung richtig?

Stathopoulos: Das ist seine Rechtsbehauptung, und er hat eine Gerichtsvollzieherin gefunden, die offenbar auch dieser Meinung ist. Jetzt sollte Deutschland als Pfändungsschuldner Widerspruch einlegen, und dann wird die Rechtmäßigkeit von unseren Gerichten entschieden. Nur so kann der Vorgang auf meinem Tisch landen.

SPIEGEL: Die Bundesregierung sieht 55 Jahre nach Kriegsende keine Berechtigung mehr für Reparationsforderungen.

Stathopoulos: Wir haben 1960 ein Abkommen zwischen beiden Ländern geschlossen, und es sind 115 Millionen Mark Entschädigung gezahlt worden. Aber das hat die Frage nicht endgültig geregelt. Der Vertrag sieht vor, dass alle anderen eventuellen Ansprüche erst mit Abschluss eines Friedensvertrags erledigt werden. Nach der Wiedervereinigung haben wir eine Situation, die dem gleichzusetzen ist.

SPIEGEL: Rund 50 000 Klagen drohen. Wie will sich die griechische Regierung da verhalten?

Stathopoulos: Individuelle Ansprüche sind Sache der griechischen Justiz, und die ist unabhängig. Deshalb sollten wir eine politische Lösung anstreben.



Deutsche Truppen in Distomo (1944)

SPANIEN

Sozialisten suchen frischen Schwung

Spaniens Sozialisten wollen sich in dieser Woche von der Lähmung befreien, die sie befallen hat, seit die konservative Volkspartei von Ministerpräsident José María Aznar bei den Wahlen im März die absolute Mehrheit errang. Die Sozialistische Arbeiterpartei PSOE, die einst unter Felipe González 14 Jahre

lang Spanien regierte, verspricht sich frischen Schwung von einem neuen Parteichef. Vier Anwärter bewerben sich um das Spitzenamt, darunter zwei Frauen. Die baskische Europa-Abgeordnete Rosa Díez kann mehr Anhänger mobilisieren als die Ex-Sozialministerin Matilde Fernández, die aus der Gewerkschaftsbewegung stammt. Die findet Rückhalt vor allem bei den Linken, die in Andalusien, Heimat von fast 30 Prozent der Delegierten, den Ton angeben. Der jüngste Anwärter ist José Luis Rodríguez Zapatero. Gemeinsam mit

seiner Gruppe „Neuer Weg für den Wandel“ fordert er den Bruch mit der alten von Skandalen beschädigten Parteiführung. Am Ende einigt sich die in ideologische Lager zersplitterte PSOE aber womöglich auf einen Kompromisskandidaten – den farblosen Anwalt José Bono, der in Kastilien-La Mancha regiert. Er hat als Einziger bereits erklärt, dass er 2004 als Spitzenkandidat für die Parlamentswahl zur Verfügung steht. Dann hätte er es immerhin nicht mehr mit dem erfolgreichen Aznar zu tun – der will nicht wieder antreten.